

Berlin, 27.03.2018

An die  
Mitglieder der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Mitglieder der KPV,

die unionsgeführte Bundesregierung hat in der vergangenen Woche ihre Arbeit aufgenommen. Sie will Sicherheit und Zusammenhalt stärken sowie den Wohlstand erhöhen. Um diese Ziele zu erreichen, wird die unionsgeführte Bundesregierung in eine gute Zukunft investieren, Innovationen fördern und die Vorteile der Digitalisierung nutzen. So sichern wir Chancen für alle – damit unser Land für jede und jeden noch besser und lebenswerter wird.

Grundlage dafür ist der Koalitionsvertrag. Er trägt deutlich unsere Handschrift. Denn wir haben zentrale Versprechen aus unserem Regierungsprogramm durchsetzen können. Konkret zu nennen sind u. a. die Erhöhung des Kindergelds und des Kinderfreibetrags, Maßnahmen für bezahlbaren Wohnraum und einen starken Staat, der für mehr Sicherheit sorgt, eine bessere Steuerung und Ordnung der Zuwanderung, bessere digitale Ausstattung der Schulen, der Ausbau von schnellem Internet in ganz Deutschland und der digitalen Verwaltung. Wir wollen damit die richtigen Antworten für eine gute Zukunft unseres Landes geben und dabei unsere kommunalfreundliche Politik der vergangenen Jahre fortsetzen, mit der wir Städte, Landkreise und Gemeinden weiter stärken.

Wir werden alle bestehenden Förderprogramme für die Kommunen fortführen. Dazu gehören u. a. die Städtebauförderung sowie die bisherigen Maßnahmen zur Entlastung der Kommunen im Zusammenhang mit Flucht, Asyl, Zuwanderung und Integration (Integrationspauschale, Kosten der Unterkunft, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge).

Wichtig ist: Die Finanzmittel, die der Bund den Kommunen zur Verfügung stellt, müssen bei ihnen ankommen. Dies wollen wir durch die konkrete Programmgestaltung sicherstellen. So wollen wir erreichen, dass Bundesgelder, z. B. für den sozialen Wohnungsbau, vollständig für genau den vorgesehenen Zweck eingesetzt werden.

Bis 2025 werden wir für Familien einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter schaffen. Hierfür brauchen wir zahlreiche Betreuungsplätze und zusätzliches Personal. Dabei wird der Bund sicherstellen, dass insbesondere der laufenden Kostenbelastung der Kommunen Rechnung getragen wird. Denn für uns gilt: Staatliche Leistungen dürfen nicht auf dem Rücken der Kommunen ausgestaltet werden. Daher will die neue Koalition nach dem Prinzip handeln: Wer eine Leistung veranlasst, muss für ihre Finanzierung aufkommen („Wer bestellt, bezahlt“).

Damit die Kommunen leistungsfähig bleiben und die erforderlichen Leistungen für die Menschen vor Ort anbieten können, werden wir ihre Steuerquellen sichern. Dazu gehört

insbesondere die Grundsteuer. Wir wollen sie unter Beachtung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, der Sicherung des derzeitigen Aufkommens sowie unter Beibehaltung des kommunalen Hebesatzrechtes neu regeln.

Jeder soll überall in Deutschland vom schnellen Internet profitieren. Das gilt gerade für kleine Orte auf dem Land, wo es bislang oft an schnellem Internet fehlt. Deshalb werden wir in dieser Wahlperiode zehn bis zwölf Milliarden Euro für flächendeckende Glasfaser-Netze investieren. Vor allem Schulen und Gewerbegebiete sollen möglichst bald an schnelles Internet angebunden werden.

Wir werden den Auswirkungen des demografischen Wandels in ländlichen Regionen und strukturschwachen Städten entgegenwirken. Hierzu gehört auch die Bekämpfung der Ursachen und Folgen europäischer Armutszuwanderung.

Menschen in allen Regionen, in der Stadt und auf dem Land, sollen einen guten Zugang zu allen Leistungen der Daseinsvorsorge haben. Das reicht vom Arzt bis zu Kindergärten und Schulen. Dafür schaffen wir ein neues gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen, Städte, Gemeinden und Kreise. Bis Mitte 2019 wird eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ unter der Mitwirkung kommunaler Vertreter hierfür Vorschläge erarbeiten.

Unser Ziel sind lebenswerte Städte und attraktive ländliche Regionen. Mit den im Koalitionsvertrag verankerten Maßnahmen machen wir Politik zum Wohle der Menschen vor Ort – damit sie in ihrer Heimatgemeinde gut und sicher leben können und Deutschland auch im 21. Jahrhundert das Deutschland bleibt, das wir kennen und schätzen: Ein starkes und erfolgreiches Land in der Mitte Europas.

Mit freundlichen Grüßen

Annegret Kramp-Karrenbauer  
Generalsekretärin der CDU Deutschlands

Christian Haase MdB  
Vorsitzender der KPV der CDU und CSU